

Krise der Parteiendemokratie? Krise der Volksparteien?

**Frühjahrstagung des Politischen Clubs vom 24. – 26.3.2017
(Materialsammlung)**

Einführung Dr. Wolfgang Thierse

Die Krise, von der wir heute und in den kommenden Tagen sprechen wollen, ist allerorten – was befindet sich eigentlich nicht in einer Krise? Die Berliner Zeitung spricht von dem „Zerbröseln der Volksparteien“. Die Berliner Morgenpost schreibt: „Den Parteien laufen die Mitglieder weg.“ Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestages, spricht davon: „Als Politiker verachtet, beschimpft und bedroht zu werden und die eigenen Prinzipien nicht aufzugeben, erfordert viel Kraft und Stehvermögen. Das hasserfüllte politische Klima in unserem Land kann zu schwerem Schaden für die Demokratie führen.“ Und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier stellt fest: „Die Krisen der Welt sind tief in Europa eingedrungen.“

Was ist da eigentlich passiert? Ein Vierteljahrhundert ist es her – die deutsche Wiedervereinigung. Eine Zeit des Friedens sollte kommen, so wurde damals prophezeit. Jetzt haben wir die Flüchtlingskrise, und keiner weiß, wie es weitergehen soll. Wir haben durch die Flüchtlingsbewegung erlebt, wie Politik und Bevölkerung sich verändert haben.

Darüber hinaus sind die Konsequenzen der zunehmenden Digitalisierung noch nicht überschaubar. Viele fürchten um ihren Arbeitsplatz. Und auch der Terrorismus ist ein großes Problem für unser Land. Die Welt ist aus den Fugen geraten – Rassismus, Chauvinismus und Sexismus. All dies befördert die Sehnsucht nach den schnellen Lösungen, die Sehnsucht nach Autoritäten. Das ist die Stunde der Populisten.

Die rechtsstaatliche Demokratie wird immer mehr zur Ausnahme. Doch diese Demokratie ist der Garant für unsere Freiheit, die es zu verteidigen gilt. Wir befinden uns in einer sensiblen Situation unsere Demokratie betreffend. Ist das alles Übertreibung? Ist Deutschland in dieser Hinsicht normal? Wie muss die Parteiendemokratie sich verändern, damit unsere Demokratie eine Erfolgsgeschichte bleibt?

Ralf Meister, Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers

Wie ernst sollten die Kirchen die Krise der Parteiendemokratie nehmen?

Nachfolgend einige Anmerkungen der Kirche zur Parteienkrise:

1. Es gibt das Gebot zur Selbstbeschränkung kirchlicher Äußerungen zur Politik. Erst die wechselseitige Selbstbeschränkung von Staat und Kirche hat ihre Koexistenz möglich gemacht. Das Christentum hat sich am Ende eines langen, konfliktreichen Weges schließlich bereitgefunden, die Autonomie der politischen Sphäre anzuerkennen. Und der Staat hat sich, indem er Verfassungsstaat wurde, selbst gebunden. Nur aus der Konvergenz der beiden Entwicklungen erklärt sich das Ergebnis. Heute befürworten die Kirchen einhellig die Demokratie. Sie setzen sich für die Demokratie ein und verteidigen sie. Das ist insofern interessant, da sich das Christentum die längste Zeit seiner Existenz mit nicht-demokratischen Staaten auseinandergesetzt hat. Das hatte dazu geführt, dass die Kirchen immer schwankte

zwischen Widerstand und Ergebung. Hinzu kommt, dass die Kirchen in autoritären Staaten gelebt haben. Das erfordert eine distanzierte, vorsichtige Haltung zur Demokratie.

2. Auf die Frage, wie sich der Protestantismus, der lange mit dem Obrigkeitsstaat liiert und auch keine Stütze der Weimarer Republik war, zum demokratischen Verfassungsstaat verhält, gab es erst 40 Jahre nach Gründung der EKD eine Antwort: Die EKD legte im Oktober 1985 eine Denkschrift vor, die unter der Überschrift "Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Auftrag" eine grundsätzliche Neujustierung im Verhältnis des Protestantismus zur Demokratie vornahm. In dem Dokument heißt es u.a.: "Als evangelische Christen stimmen wir der Demokratie als einer Verfassungsform zu, die die unantastbare Würde der Person als Grundlage anerkennt und achtet."

Im heutigen Europa gehören die Kirchen zu den überzeugendsten Verfechtern der Demokratie. Das Grundgesetz wird als Werteordnung akzeptiert und geschätzt. So viele Überlegungen zur Demokratie wie heute hat es in den letzten 25 Jahren in der Kirche nicht gegeben.

3. Wo die Kirche Werturteile über Parteienprogramme fällt, wird es schwierig, weil die Kirche sich auf Gott bezieht. Man muss berücksichtigen, dass heute alle Lebensbereiche politisch sind. Allem Politischen kommt eine anthropologische Grundannahme hinzu – der Gedanke, was der Mensch ist. „Der Mensch muss im Zaum gehalten werden“, sagt Martin Luther. Dieses Menschenbild taugt für die heutige Politik allerdings nicht mehr. Luther ging von einer Phänomenologie des Bösen aus. Somit taugt Martin Luther als politischer Denker wenig.

4. Heute gilt: Die staatliche Ordnung braucht keine theologische Legitimation. Die freiheitliche Demokratie und der christliche Glaube teilen die gleichen Werte miteinander: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Die Würde des Menschen kann nicht verweigert werden, sie ist göttlichen Ursprungs.

5. Die Kirche hat Anteil am demokratischen Diskurs, aber sie überwacht ihn nicht. Die Gedanken kreisen nicht mehr um eine Obrigkeit, die von Gott eingesetzt ist. Aus protestantischer Sicht geht es darum, welche Kräfte die Menschen aufbringen, um Demokratie zu praktizieren. Die Kirchen nehmen an dem demokratischen Prozess teil und sie gestalten ihn mit. Friedrich Schorlemmer fragt: „Wo bleibt die prophetische Stimme der Kirche? Die Vision von einer Zukunft, der man unbedingt folgen muss und das Folgen dieser Stimme für Christen zwingend notwendig ist?“

6. Krise der Parteiendemokratie? Was heißt es, wenn die Kirche interveniert? Wir reden über die Auflösung traditioneller Milieus, über den Wertewandel usw. Es scheint, als würde die repräsentative Demokratie die Menschen nicht mehr erreichen. Es braucht folglich neue Teilhabeprozesse, um die Bürger wieder stärker einzubinden in politische Entscheidungen (z.B. bei der Frage um die radioaktive Endlagerung von Atommüll. Bei dieser Frage misstraut die Bevölkerung der Parteienentscheidung). Transparenz und Partizipation dürfen keine Lockmittel sein. Insbesondere junge Menschen wollen politisch aktiv sein und mitentscheiden.

7. Es gibt destruktive und konstruktive Kontexte in der Parteienkrise. Transformation, Mitbestimmung, Partizipation sind Ausdruck des konstruktiven Umgangs mit der Parteienkrise. Destruktive Verhaltensweisen wären demgegenüber Rückzug, Isolation, Ängste aber auch Provokation und Schuldzuweisung.

Beim Lesen von Parteiprogrammen erlebe ich ein zielloses Unbehagen: Unschärfen in den Formulierungen, um für viele Menschen wählbar zu sein. Unscharfe Programmatiken sind schlecht für die Demokratie, da sie keine Ziele formulieren und keine Orientierung bieten. Starke Parteien müssen den Streit führen mit anderen um ihrer Ziele willen. Das führt zu einem exzessiven Bürgerfrust, der heute überall anzutreffen ist. Die repräsentative Demokratie verlangt, dass die Politiker die Wahrheit sagen, auch wenn sie nicht gerne gehört wird.

8. Das demokratische Gemeinwesen steht in keiner Krise, aber in einer Bewährungsprobe. Die Demokratie hat sich bewährt, aber die Bürger müssen stärker ihre Handlungsspielräume nutzen. Für alle Christen ist es ein Teil ihrer Gemeinwohlverantwortung, für die Demokratie einzustehen.

**Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Direktor der Abteilung Demokratie und Demokratisierung
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB**

Krise der Parteiendemokratie? Ein international vergleichender Blick

Vorweg einige Anmerkungen:

1. Herrschaftskontrolle, Freiheit, Gleichheit sind die drei Grundprinzipien der Demokratie.
2. Welchen Wert messen wir der Aufklärung bei, die die Religion eingeht und die Demokratie erst möglich gemacht hat?

Wir müssen Antworten finden auf folgende Fragen:

- Krise oder Herausforderung der Demokratie?
- Krise der Demokratie?
- Experten oder Demos?
- Grenzen: öffnen oder besser schließen?
- Kosmopolitismus vs. Kommunitarismus
- Postdemokratie, Herbst oder Herausforderung?

Wir erleben: Der Normalzustand ist die Demokratie. Postdemokratie hingegen bedeutet, dass die besten Zeiten der Demokratie vorbei sind und wir uns auf einer abschüssigen Bahn befinden. Doch was ist eigentlich die Demokratie? Was verstehen wir darunter? Gab es ein goldenes Zeitalter?

Nehmen wir die 60er Jahre, die Zeit von John F. Kennedy: Schwarze, also „Nigger“, durften in fünf US-Staaten nicht wählen. Sie waren Menschen zweiter Klasse. Oder nehmen wir die Schweiz 1970: 50,3 % der Bevölkerung durften nicht wählen – es waren die Frauen. Sie wurden unterdrückt. Die Schweiz war ein Gender-Apartheid-Regime. Oder nehmen wir die Bundesrepublik Deutschland: Homosexuelle wurden strafrechtlich verfolgt und Ehefrauen waren nicht voll geschäftsfähig. Dieses alles hat es in den Demokratien gegeben.

Was bedeutet nun die viel beschworene Krise. Wir benutzen den Begriff in allen Zusammenhängen. Doch wir müssen unterscheiden zwischen akuter Krise und latenter Krise. Akut ist eine Krise dann, wenn ein demokratisches System kollabiert. Bei einer latenten Krise meinen wir, dass die Demokratie an Qualität verliert, dass die Parteien sich beispielsweise in einer

Krise befinden. Ab wann beginnt eigentlich eine Krise? Ab wann hört sie auf? Wir befinden uns seit Platon in einer Krise. Eigentlich ist der Begriff abzulehnen.

Wir haben die 30 besten Demokratien auf dem Globus untersucht. Deutschland befindet sich darunter. Ergebnis: Es gibt keinen wirklichen Abstieg, keinen Niedergang. Es gibt keine Krise. In der EU nimmt die Demokratiezufriedenheit nicht ab. Aber in Italien erleiden die Regierung, das Parlament, die politischen Parteien einen erheblichen Vertrauensschwund. Sie befinden sich auf dem Niveau von Gebrauchtwagenhändlern.

Wir können folgendes feststellen:

- a) wir vertrauen auf obrigkeitsstaatliche Institutionen (Militär / Polizei / Justiz);
- b) in Europa liegt die Wahlbeteiligung gegenwärtig bei 72%; dramatisch ist es allerdings in Ost- und Mitteleuropa, dort wird nur noch zur Hälfte an Wahlen teilgenommen;
- c) in der BRD gibt es eine Flucht aus den Volksparteien. Wir erleben eine schleichende Gerontifizierung der Volksparteien. Die Überalterung ist problematisch;
- d) es gibt einen moderaten Rückgang der Wahlbeteiligung;
- e) es gibt eine zunehmende soziale Selektivität;
- f) das untere Drittel der Menschen in unserem Land ist ausgestiegen. Wir sind auf dem Weg zu einer Zwei-Drittel-Demokratie. Ein Drittel wird von der Politik nicht mehr bedacht – es sind die unteren Schichten, die aussteigen und von der Politik nicht mehr erreicht werden.

Die Krise der Volksparteien zeigt sich in:

- a) dem Wählerrückgang;
- b) dem Mitgliederrückgang;
- c) dem Vertrauensschwund in der Bevölkerung;
- d) der irreversiblen Erosion der Volksparteien;
- e) einigen objektiven Ursachen und
- f) Fehlentscheidungen (z.B. alle Flüchtlinge rein nach Deutschland).

Daraus folgt: Nach 12 Jahren sollte ein Wechsel in der Politik stattfinden. Die bleierne Zeit bringt keine neuen Ideen mehr.

Es gibt gegenwärtig auch eine Flucht aus den Vereinen, Verbänden und Institutionen. Kirchen, Gewerkschaften und andere verlieren an Zugkraft. Damit verlieren die unteren Schichten ihre Weltdeuter.

Eine neue Konfliktlinie tut sich auf zwischen den Kosmopoliten und den Kommunitaristen:

Kosmopoliten sind:

- a) Globalisierungsgewinner
- b) für offene Grenzen
- c) bereit, nationalstaatliche Souveränitätsrechte aufzugeben
- d) für eine Vertiefung der EU
- e) für Menschen-, Bürger-, Minderheitenrechte
- f) für multikulturelle Gesellschaft

Kommunitaristen sind:

- a) Globalisierungsverlierer
- b) untere Bildungshälfte
- c) für den Nationalstaat
- d) EU kritisch
- e) für eine enge Kontrolle der Grenzen
- f) für eine Leitkultur
- g) für eine homogene Gemeinschaft

Wenn Rechtspopulisten an der Regierung beteiligt sind (Ungarn, Polen, Schweiz, Finnland, Lettland, Norwegen, Slowakei und Griechenland) dann ist das ein großes Problem für die Demokratie. Wir erleben dann eine Krise der repräsentativen Demokratie, die sich zeigt in:

- a) einem Rückgang der Wahlbeteiligung;
- b) dem Machtverlust des Parlaments;
- c) dem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den Parteien;
- d) dem Mitgliederschwund der Parteien;
- e) der Machtverlagerung auf die supranationale Ebene.

Ich bin einig mit Winston Churchill, der einmal gesagt hat: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von denen, die wir schon vorher ausprobiert haben.“

Franz Müntefering, Bundesminister a.D., ehemaliger Vorsitzender der SPD

Blick zurück nach vorn: Was war, was bleibt gut an den Volksparteien, was muss sich ändern?

Was sind die großen Unterschiede zu damals?

1949: die erste Bundestagswahl. Auf dem SPD-Prospekt stand: „Man muss sich engagieren, um Dinge zu verändern.“ Ich bin 1966 in die SPD eingetreten. Eine Partei muss Kompromisse finden unter ihren Mitgliedern. Das ist heute so wie damals. Dann kam 1989/90. Das ist von erheblicher Bedeutung gewesen. Es ging wirtschaftlich mit unserem Land bergauf. Die Welt war bipolar, wir waren das Bollwerk gegenüber dem Osten. Diese Rolle haben wir verloren. Aus der Bipolarität ist die Tendenz geworden, in den Nationalismus zurückzufallen.

Wir müssen zwei Dinge unterscheiden: die große Einheit und die kleine Einheit. Die große Einheit ist die Welt. Wir müssen über den Tellerrand des Nationalstaates hinausblicken. Die kleine Einheit ist die Kommune. Menschen müssen Wurzeln schlagen können, müssen wissen, was Heimat ist.

Die politischen Parteien ändern sich entscheidend mit. Das große Problem der Demokratie dabei ist, dass sie Zeit braucht. Und in der schnelllebigen Welt ist Zeit nicht mehr gegeben. Wir können also nicht mehr die Partei sein wie vor 40 Jahren, Die Dynamik des Wandels erfordert, dass die Parteien sich mitverändern.

Ab wann sind Parteien Volksparteien?

Die SPD wurde 1959 Volkspartei. Sie ist eine Partei für alle Menschen. Wir brauchen Grundwerte, an denen wir uns orientieren, und Wege, um die Ziele zu erreichen. Neben dem Frieden ist die Freiheit das wichtigste Ziel, sagte einmal Herbert Wehner. Was folgt aus alledem?

- a) „Demokratie ist kein Schaukelstuhl. Solange Du einen wachen Kopf hast, musst Du mitentscheiden, was geschieht“ (F. Müntefering);
- b) Parteien sind die Brücke zwischen der Gesellschaft und dem Staat;
- c) Parteien müssen Menschen zusammenbinden, die ähnliche Überzeugungen haben;
- d) wer erreicht wen mit welchen Informationen? Ohne qualitativ gute Medien kann die Demokratie nicht funktionieren.

Britta Haßelmann MdB, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

„Etablierte Parteien“ – was heißt das schon? Der grüne Blick auf die Krisenphänomene unserer Demokratie

Es gibt viele Möglichkeiten, sich gesellschaftlich zu engagieren: in den Gewerkschaften, den Kirchen, in Parteien oder bei den NGOs. Die jüngste DIMAS-Umfrage ergab jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger den Parteien misstrauen. Das äußert sich dann in einer zurückgehenden Wahlbeteiligung und im Mitgliederrückgang.

Über 23 Mio. Menschen in diesem Land engagieren sich bürgerschaftlich. Die Parteien stehen nun vor der Frage, wie sie sich zu diesem gesellschaftlichen Wandel stellen sollen. Denn: Die Menschen engagieren sich heute anders – kürzer, projektbezogener, situationsbedingter usw. D.h. die Probleme unseres Landes müssen viel kommunikativer von den Parteien an die Menschen herangebracht werden.

Ein weiteres Problem für die Parteienkrise ist das Verhältnis gegenüber Frauen. Nur 36% der im Bundestag vertretenen Menschen sind Frauen. D.h. Frauen sind in der Politik und in den Parteien nicht ausreichend repräsentiert. Bei den Grünen haben Frauen die gleichen Chancen, in Führungspositionen zu gelangen, wie die Männer.

Das nächste Problem für die Krise der Volksparteien ist die Große Koalition (GroKo). Im Parlament steht eine Mehrheit von 80% einer kleinen Minderheit von 20% gegenüber. Die Probleme der Bevölkerung lassen sich so nur schlecht lösen. Die politische Kultur leidet darunter. Politik ist das Ringen um die beste Lösung. Die Schaffung von mehr Transparenz und mehr Nachvollziehbarkeit sind erforderlich. Es muss auch ein gesetzliches Lobbyregister geben – wer geht im Bundestag eigentlich ein und aus?

Wege aus der Krise?

Die Parteien müssen wieder attraktiver werden und zu Orten politischer Willensbildung. Wir brauchen eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums, wo die Debattenkultur gepflegt wird. Die demokratischen Parteien müssen auch wieder Visionen entwickeln. Es gilt unsere Parteiendemokratie, die ja ein Erfolgsmodell ist, gegen demokratiefeindliche Tendenzen zu verteidigen.

Katharina Gerl M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Internet: Chance oder Gefahr für die Parteiendemokratie in Zeiten der „postfaktischen“ Kommunikation?

Der medienkulturelle Wandel spielt eine wichtige Rolle bei der Parteienkrise. Parteien sehen sich in Konkurrenz zu anderen Akteuren, die auf die Möglichkeiten des Internets setzen. Das Internet kann ja beides sein – der Heilsbringer für die Stabilisierung der Demokratie, und – der Dämon für den Untergang der Demokratie. Das Internet kann also genutzt werden für die a) Demokratisierung und b) Mobilisierung der Menschen. Das Gegenargument wäre: Das Internet wird instrumentalisiert von Eliten, um ihre Kontrolle und Steuerung der Menschen weiter auszubauen.

Gianpietro Mazzoleni und Winfried Schulz warnen in ihrem Buch "Mediatization" of Politics: A Challenge for Democracy? Davor, dass das Internet die Gesellschaft weiter parzelliert. So werden beispielsweise populistische Einstellungen gefördert und weiter verbreitet. Durch das Internet kann die Demokratie eine Erosion erfahren und schließlich durch eine andere Staatsform abgelöst werden.

Unstrittig ist auch, dass das Internet die Postfaktische Kommunikation befördert, in der es um gefühlte Meinungen geht und nicht mehr um harte, belastbare Fakten. Also: Meinung statt Fakten!

Gefahren für die Parteiendemokratie durch das Internet:

- a) die hohe Geschwindigkeit und die Dynamik von Kommunikation (too fast to check). Demokratie braucht Zeit und die lässt das Internet der Demokratie nicht;
- b) der Jedermann-Journalismus, bei dem wir unsichere Quellen, keine Recherche, kein fundiertes Hintergrundwissen, keine rechtlichen Verweise etc. erleben, sondern Behauptungen, Meinungen und fake-News;
- c) die Langlebigkeit von Informationen (Falsches bleibt ewig erhalten, Lügen lassen sich nicht löschen, Unwahrheiten nicht entkräften);
- d) die Masse an Informationen (die Selektion fehlt, die Interpretation durch „gate-keeper“ fehlt, die Einordnung und Bewertung fehlt);
- e) die Fragmentierung (es dominieren Filterblasen und Echokammern in der Internet-Kommunikation) und Polarisierung;
- f) Vereinfachung und Verkürzung von komplexen politischen Sachverhalten (twittern erklärt nichts; facebook liefert keine Hintergründe);
- g) Manipulation (Trolle und Social Bots sind technologische Anwendungen, die in politische Entscheidungen eingreifen).

Folgen für die Parteiendemokratie:

- a) das Internet hat Auswirkungen a) auf die Meinungsbildung und b) das politische Handeln;
- b) das Internet nimmt Einfluss auf die Funktion von Parteien (an der Willensbildung mitzuwirken);
- c) das Internet hat Folgen für die Legitimation von Parteien (Streitkultur, politische Debatte verändern sich); Menschen verabschieden sich aus dem demokratischen Prozeß.

Chancen für die Parteien durch das Internet:

- a) direkte Kommunikation mit Mitgliedern
- b) Informationsvermittlung und Mobilisierung
- c) Effizienzgewinne durch zielgruppengerechte Kommunikation (Micro-Targeting)
- d) zufällige Begegnung mit politischen Inhalten
- e) die politische Kommunikation ist im Netz sichtbar
- f) Feedback – Einholen von Meinungen
- g) Datenanalyse für eigene Kampagnen
- h) neue Formen der Mitarbeit und Mitgliedschaft
- i) Ressourcengenerierung
- j) Vernetzung: Kompensation von fehlenden Organisationsstrukturen

Fazit: Das Internet ist Gefahr und Chance zugleich. Es schafft neue Herausforderungen und kann eine Modernisierung der Parteien bewirken.

Was können die Parteien tun?

1. die digitale Kompetenz und die Ressourcen stärken
2. eine Selbstverpflichtung eingehen beim Wahlkampf (kein Missbrauch des Internets!)
3. Regulierung von Plattformen
4. Medienkompetenz stärken
5. die Präsenz vor Ort nutzen.

Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin Mehr Demokratie e.V.

Direkte Demokratie: Bereicherung oder Gefährdung der Parteiendemokratie?

Wir erleben gegenwärtig eine Vertrauenskrise und eine Verunsicherung gegenüber der Politik (Brexit und Trump). Es gibt eine Vertrauenskrise von unten nach oben. Die unteren sozialen Schichten vertrauen „den da oben“ nicht mehr. Neu ist, dass es auch eine Vertrauenskrise von Politikern ihren Wählern gegenüber gibt. Das führt zu Verschanzungstendenzen in den Landtagen.

Das deutsche Grundgesetz ist ein Exportschlager. Was in Deutschland passiert, wird international beobachtet. Daraus ergibt sich die Frage, wie wir unsere Demokratie weiterentwickeln können und unsere Parlamente stärken können. Der Wert einer Demokratie misst sich darin, was sie ihren Menschen zutraut.

Direkte Demokratie

Wir sind für folgendes:

- Volksgesetzgebung
- Fakultatives Referendum (Vetorecht)
- Obligatorisches Referendum

Skeptisch sehen wir:

- Direktwahl des Bundespräsidenten

- Konsultative Abstimmung
- Referendum durch den Bundespräsidenten oder die Regierung erlassen

Kommunale Bürgerentscheide

Bisher gab es 7.000 Verfahren seit 1956. Davon waren 3.500 Bürgerentscheide und 1.200 Ratsreferenden. Ungefähr die Hälfte aller Entscheide gehen im Sinne der Initiatoren aus.

2016 gab es 323 Volksinitiativen. Von diesen 323 Initiativen haben 55% neue Themen gesetzt; 10% waren Alternativvorschläge; 35% sind Korrekturbegehren; 20% wurden direkt vom Parlament übernommen; lediglich 8% bezogen sich auf Kompromisse.

Nutzen Rechtspopulisten die direkte Demokratie?

Nur 7 von 324 Volksinitiativen waren rechtspopulistisch. Alle politischen Parteien – mit Ausnahme der CDU – haben die direkte Demokratie in ihren Parteiprogrammen. Die SPD hat den weitreichendsten Gesetzentwurf zur direkten Demokratie in ihrem Programm festgeschrieben.

Fazit:

- Die direkte Demokratie stärkt die Sachpolitik
- Stärkt den Parlamentarismus
- Schafft demokratische Erlebnisse
- Fördert den politischen Diskurs
- Eröffnet den Dialog zwischen Parlament und Bürgerschaft
- Fördert das Legitimationsgefühl

Je mehr demokratische Erlebnisse haben, desto mehr sind wir Teil des Ganzen. „Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an, aufzuhören.“

Prof. Dr. Frank Decker, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Mehr direkte Demokratie als Antwort auf Populismus und als Heilmittel für die Demokratiekrise?

Die direkte Demokratie ist populär. 70% wollen bei Wahlen auch über Sachfragen abstimmen. Die Leute wollen selber Themen auf die Agenda setzen (78%). Dass mit Volksentscheiden die Politiker besser korrigiert werden können, meinen 86% der Befragten. Wir erleben folglich eine starke Wertschätzung der direkten Demokratie. Sie ist ein niedrigschwelliges Verfahren der Partizipation. Populisten werfen der repräsentativen Demokratie vor, dass sie zu wenig den Volkswillen repräsentiert. Bei der direkten Demokratie sehen wir die beiden Vorteile:

- a) die Interessen der Bürger werden stärker berücksichtigt (Repräsentation)
- b) die Bürger können mehr politisch entscheiden und mitwirken an Entscheidungsprozessen (Partizipation).

Schaden der direkten Demokratie

Die von unten ausgelösten politischen Entscheidungen vertragen sich schlecht mit den üblichen Verfahren politischen Handelns im Parlament. Auch ist die Volksgesetzgebung nicht deckungsgleich mit der direkten Demokratie. Anders ausgedrückt: Die von der Basis, also von unten ausgelösten Verfahren vertragen sich nicht mit dem parlamentarischen System. Die Logik des parlamentarischen Systems beruht darauf, dass die Opposition nicht regiert. Über die direkte Demokratie könnte die Opposition das aushebeln und schlussendlich doch mitregieren. Die Opposition könnte dann die Pläne der Regierung durchkreuzen.

Parteienkrise – Journalismuskrise – Demokratiekrise: Wie schlimm ist es wirklich und was hilft?

Podiumsgespräch mit: Günter Bannas (FAZ), Christian Bommarius (DuMont Redaktionsgemeinschaft), Bernd Ulrich (DIE ZEIT)

Bannas: Ich habe eine positive Sicht auf das demokratische System in Deutschland. Die SPD hat mehr als 10.000 neue Mitglieder gewonnen. Das zeigt, dass man auch innerhalb von Parteien arbeiten kann, und es ist ein Vertrauensbeweis. Ich verzeichne in den letzten Monaten eine Stärkung der parlamentarischen Demokratie.

Bommarius: Was uns irritiert ist, dass wir uns selbst in einer Krise befinden. Wir sollten das entdramatisieren. Alle reden von „Krise“. Wir rufen ständig Krisen aus. Suchen Sie mal eine Zeitung, die schreibe: „Keine Krise in Griechenland“. Wir leben vom Hysterisierungspotenzial.

Ulrich: Das, was gerade geschieht, ist eine Art Weltkrieg um die Demokratie. Es ist die interessanteste Situation seit 1946. Der Journalismus – die vierte Gewalt im Staate – wird in Frage gestellt. Die Demokratie wird auch in Frage gestellt. Rechtsextreme Tendenzen überall um uns herum. Damals konnten wir als Journalisten auf Ungerechtigkeiten draufhauen, damit die Dinge wieder besser wurden. Heute geht das gar nicht mehr.

Bannas: Es gibt Zeitungen, in denen wird kommentiert. Da war es berechtigt, zu schreiben: Die Volksparteien vor einem Schicksalsjahr. Da wurde auf den Stimmenzuwachs zur AfD Bezug genommen. Die AfD halte ich jedoch nicht für einen Ausdruck des Parteiensystems. Die AfD wird im September Schwierigkeiten haben, in den Bundestag zu kommen. Wenn wir die anstehenden Probleme in unserem Land lösen können, dann bleibt von der AfD nichts mehr übrig – so wie damals von der NPD.

Bommarius: Warum gibt es denn die Pressefreiheit? Sie ist ein Kinde der Aufklärung. Wir kontrollieren und kritisieren staatliche Institutionen. Natürlich tut es uns Journalisten weh, wenn es Blogger gibt, die keine professionellen Journalisten sind und im Internet ihre Meinung veröffentlichen. Schwierig ist es, wie wir mit dem Internet umgehen. Darauf gibt es noch keine schlüssige Antwort. Welche Rolle sollen Kommentatoren in der Tagespresse denn noch spielen? Kein Mensch will mehr kommentieren. Ich will nur davor warnen, dass wir zu viele Krisen aufrufen. Die Krisen reihen sich wie Perlen an einer Schnur. Wir Journalisten haben unseren Anteil daran.

Bannas: Die Krise der Medien geht aus den privaten Medien und aus dem Internet hervor. Die Inserate brachen zusammen. Damit brach das Geschäftsmodell der Zeitungen zusammen.

Alles wurde kostenfrei ins Internet gestellt. Das hat zum Stellenabbau in den Redaktionen geführt. Das Internet hat das Anzeigengeschäft übernommen. Es begann das schwierige Geschäft der Verleger.

Ulrich: Krisen hat es immer gegeben. Nur: Der Westen befand sich nicht in einer Krise. Wir wissen nicht, ob die NATO noch funktioniert, ob die Türkei noch stabil bleibt, ob das Wirtschaftssystem noch weiterhin funktioniert, ob der Euro bleiben wird. Die Medien werden angegriffen in den westlichen Ländern, insbesondere in den USA, der Türkei und Ungarn. Das ist neu. Die Machthaber kommen in Schwierigkeiten mit dem berichtenden Journalismus.

Hinzu kommt die ökonomische Krise in den Medien. Die Leser lesen nicht mehr die Zeitung. Sie kritisieren uns öffentlich im Internet, auf facebook und bei twitter. Und es kommt noch schlimmer: Auch die Politiker beschimpfen uns jetzt. Wir werden täglich angegriffen. Das verändert den Journalismus.

Bommarius: Die Krise der Parteien? Welches Potenzial die SPD nach der Schulz-Wahl hat, weiß niemand.

Bannas: Systematisch haben die Sozialdemokraten auf Bundesebene die SPD schlecht-geredet.

Ulrich: In der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg ist es zwei Tage vor der Wahl Winfried Kretschmanns zum Ministerpräsidenten der ersten grün-schwarzen Koalition Deutschlands zu einem Eklat gekommen: Bei einer Probeabstimmung für die Kretschmann-Wahl weigerte sich ein Drittel der CDU-Abgeordneten, dem grünen Politiker ihre Stimme zu geben. Von 39 anwesenden Landtagsabgeordneten stimmten acht mit Nein, fünf enthielten sich. Wenn Kretschmann als Verlierer aus der Wahl hervorgegangen wäre, dann würde er als „beschädigt“ gelten und könnte nicht mehr Ministerpräsident von Baden-Württemberg bleiben.

Bannas: BILD, BAMS und Glotze. Ist ein Politiker beschädigt, wenn er als Verlierer aus einer Wahl hervorgeht? Ich finde „nein“. Doch wenn in der BILD steht er ist beschädigt, dann ist er auch beschädigt.

Ulrich: Man kann heute auch an den Medien vorbei als Politiker mit dem Volk sprechen, siehe Trump in den USA.

Bannas: Das Wahljahr 2017 – was sind unsere Erwartungen? Ich bin gespannt, ob der Zuspruch an Martin Schulz durchhält. Im Saarland ist der erste Trend erkennbar. In NRW wird sich die CDU als Juniorpartner in die Koalition mit der SPD begeben. Für die Bundeskanzlerin ist das ein Schlag ins Kontor.

Ulrich: Die Polarisierung findet in der Mitte statt. Die kleinen Parteien müssen fürchten, ob sie überhaupt in den Bundestag hineinkommen. Wenn die Wahl in Frankreich allerdings schief geht, dann haben wir eine gänzlich neue Situation auch bei uns. Wir haben nur zwei Kandidaten, die Außenpolitik „können“ – Merkel und Schulz.

Bommarius: Mir ist es nicht so wichtig, wer Kanzler wird. Meine Sorge war, dass der Wahlkampf ein Flüchtlingswahlkampf werden könnte, angeführt von der AfD. Ich kann nur hoffen, dass Frau Merkel noch einmal Widerstand leistet wie im letzten Jahr.

Natascha Kohnen MdL, Generalsekretärin der Bayern-SPD, Mitglied im Bundesvorstand der SPD

Wie wird man (bayerische) Volkspartei in demokratischen Krisenzeiten?

Frank-Walter Steinmeier hat es bereits gesagt: Demokratie ist die Staatsform der Mutigen. Doch wir hören jederzeit nur „Krise“ – Bankenkrise, Griechenlandkrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise usw. Mir stellt sich die Frage: Wie gehen wir eigentlich mit Sprache um? Ist jede Herausforderung wirklich gleich eine Krise? Rufen wir Politiker Angst hervor oder Zuversicht? Verunsichern wir die Wähler?

Die Änderungen in der Gesellschaft während der letzten Jahre hat auch die Parteienlandschaft verändert. Die Gesellschaft hat sich weiter ausdifferenziert, und das merken wir. Es gibt ein Glaubwürdigkeitsdefizit, und die Wahlmüdigkeit macht uns zu schaffen. Wir haben ein Drittel Wechselwähler. Die Nichtwähler haben sich verdoppelt. Die Parteien unterscheiden sich nicht mehr voneinander in ihrer Programmatik. Es gibt keine Trennschärfe mehr zwischen den Parteien. Und die Wähler sagen: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen.“

Was lässt sich tun, damit Menschen ein Abgeordnetenmandat übernehmen? Was haben Politiker gelernt, außer Politik zu machen? Was machen Politiker, wenn sie aus ihrem Amt ausscheiden? Gehen sie in die freie Wirtschaft, um dort Funktionen zu übernehmen?

So bunt es auch beim Aschermittwoch zugehen mag, aber Martin Schulz als „Schizo-Schulz“ zu bezeichnen, geht zu weit. Den politischen Gegner herabsetzen und verächtlichmachen, das geht gar nicht. Wir müssen sorgsamer mit der Sprache umgehen. Sprache muss fassbar und fühlbar machen. In den letzten 3 Jahren haben sich die Menschen politisch immer weniger informiert gefühlt. Der Wert ist von 67% auf 44% gesunken. Wir müssen überlegen, wie wir die Sprache einsetzen. Das Wort „Steuerlast“ ist ein schlechter Begriff. Besser wäre: Tragen Sie zu unserem Staatswesen bei. In der Demokratie ist es eben wichtig, die Sprache richtig einzusetzen. Sprache kann aufbauen und zerstören.

Die Vermittlung von politischer Bildung an den Schulen ist so wichtig, wie noch nie. In Bayern macht kein Schüler mehr Abitur in Sozialkunde und Geschichte. Es muss auch vermittelt werden, dass sich Freiheit und Wohlstand in keiner anderen Staatsform so verwirklichen lassen als in unserer Demokratie.

Die Welt ist furchtbar schnelllebig geworden. Auf die Menschen prasseln so viele Informationen ein, die sie gar nicht mehr verarbeiten können. Und die jungen Leute haben gar keine Zeit mehr, sich politisch zu bilden. Wir müssen als Politiker deshalb zu den jungen Leuten gehen. Junge Menschen sind bei Facebook nur in Echokammern unterwegs, wo sie ihre Meinungen wechselseitig bestätigen. Von der Welt da draußen bekommen sie nichts mehr mit. Die Online-Informationsflut ist nicht mehr kommentierbar. Jeglicher Widerspruch ist ausgeschlossen. Die öffentlich-rechtlichen Medien geraten ins Hintertreffen und müssen gestärkt werden. Je größer die Zahl der Informationen ist, desto weniger werden wir informiert.

Die SPD will in Bayern: bezahlbares Wohnen und eine bessere Kinderbetreuung. Ich will von einer Sozialdemokratie, dass sie für Gerechtigkeit sorgt. Volkspartei heißt nicht Bauchladen, sondern wir müssen das, was wir wollen, auf drei bis vier Themen zuspitzen.

Markus Blume MdL, Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU und Mitglied im CSU-Parteivorstand

Wie bleibt man (bayerische) Volkspartei in demokratischen Krisenzeiten?

Was sind die Grundfeste der CSU?

- 1.) Da zu sein für den Menschen. Das bedeutet: ausgehend vom christlichen Menschenbild, alle Altersgruppen, alle Schichten der Gesellschaft. Wir hören auf die Menschen und reden mit ihnen – aber nicht nach dem Mund. Wir bevormunden die Menschen nicht. Man muss erkennbar politische Heimat sein, eine Partei der bürgerlichen Mitte
- 2.) Erfolgreich sein. Es wird von der Volkspartei erwartet, dass sie Ergebnisse liefert, dass sie die Dinge auch in die Realität umsetzt. Wir denken zuerst an Bayern. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich auf die Menschen in Bayern.
- 3.) Bereit sein für Neues. Eine Volkspartei muss sich mit der Zukunft auseinandersetzen. An was will man festhalten (wertkonservativ)? Was will man verändern? Unser Motto lautet: Mit der Zeit gehen, aber nicht dem Zeitgeist hinterherlaufen. Es wird erwartet, dass die Probleme der Zukunft gelöst werden.

Volksparteien in Krisenzeiten

Die Zukunft der Volksparteien entscheidet sich an der Frage, wie sie mit den globalen Veränderungen umgeht. Eine Volkspartei muss sich auch organisatorisch auf die Veränderungen einstellen und sich muss sich auch programmatisch verändern. Mit der Explosion von Komplexität umzugehen, ist nicht einfach. Das bedeutet:

- a) ein ewiges Bemühen. Man muss an den Themen der Zeit dranbleiben,
- b) populäre Politik. Sie muss vom Menschen ausgehen, und sie muss verstanden werden,
- c) eine Erzählung liefern. Veränderungen müssen in eine Geschichte eingekleidet werden. Das Framing muss stimmen,
- d) Heimat bieten. In Zeiten der Veränderungen muss die Volkspartei eine Stützstange bieten,
- e) Ehrlichkeit zeigen. Hochvernetzt denken und nach Lösungen suchen. Ein ehrliches Bemühen zeigen, den richtigen Weg zu finden. Die einfache Lösung gibt es nicht,
- f) Klarheit vermitteln. Den Menschen klare Positionen aufzeigen,
- g) starke Volkspartei sein. Zeigen, dass es unterschiedliche politische Konzepte gibt. Es muss sich nicht alles in der politischen Mitte drängen,
- h) Volkspartei bleibt man durch Erfolg. Man muss weiterhin gestalten. Das darf nicht aufhören.

3.4.2017

gez. Schwanebeck